

Press release

SSW-U, 24.01.2020

Wahlalter 16 auch im Bund umsetzen!

Die Jugendorganisation des SSW, SSWUngdom, fordert die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei Bundestagswahlen. Zu der heute stattfindenden Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag sagt der SSWU Landesvorsitzende, Christopher Andresen:

„Wir unterstützen ausdrücklich die Forderung das Wahlalter auch auf Bundesebene zu senken und sind der Meinung, dass es Sinn macht, wenn Schleswig-Holstein sich hierfür im Bundesrat stark macht“.

Bereits die Entscheidung von 2013, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken, haben wir sehr begrüßt und deshalb erscheint es nur sinnvoll, dass diese Änderung auch im Bund umgesetzt wird. Bei der letzten Landtagswahl war ein hohes Interesse von jungen Menschen festzustellen und immer wieder gab es auf Schuldiskussionen positive Rückmeldungen zur Änderung des Wahlalters. Das Argument, 16-Jährige seien zu unpolitisch oder gar nicht reif genug, sind gerade mit Blick auf den Klimaprotest junger Menschen nichts mehr als Ausreden, um nicht das Wahlalter absenken zu müssen und werden dem hohen gesellschaftlichen Engagement vieler junger Menschen nicht gerecht.

Als 2013 die Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen diskutiert wurde, argumentierte die Junge Union Schleswig-Holstein, dass einige junge Menschen zu radikalen Positionen neigen und sie deshalb ein Wahlalter ab 16 ablehnen. Das Argument weisen wir entschieden zurück und sind vielmehr fest davon überzeugt, dass die Erstwähler in der Lage sind, überlegte Entscheidungen zu treffen.

Wir wünschen uns endlich eine ehrliche Diskussion zu diesem Thema und bekennen uns deshalb erneut zu einer offiziellen Berücksichtigung einer Altersgruppe, welche offensichtlich in der Lage ist, für sich persönlich wichtige Entscheidungen im Leben zu treffen, und somit auch das Recht

bekommen sollte, an die Wahlurne zu gehen.

Gleichzeitig muss Erstwählern auch die Chance gegeben werden, sich intensiv mit den Wahlen und Parteien zu beschäftigen. Deshalb sind wir der Meinung, dass gleichzeitig mit der Senkung des Wahlalters auch mehr für politische Bildung getan werden muss. Die stellvertretende SSWU Landesvorsitzende, Maylis Rossberg, sagt hierzu „Wir fordern gleichzeitig auch einen verpflichtenden WiPo-Unterricht, damit politische Themen auch in der Schule eine höhere Relevanz bekommen und das politische Bewusstsein geschärft wird.“